

Die Grünen werden den Offshore-Terminal nicht los

Koalitionsvereinbarung liefert wenig Neues: Zeittakt geben Gerichte vor – Angesparte OTB-Geld wird längst ausgegeben

BREMERHAVEN. Der Vorstoß von Maike Schaefer ging ins Leere. Die Verhandlungsführerin der Grünen bei den Koalitionsverhandlungen auf Landesebene scheiterte mit dem Versuch, den Offshore-Terminal (OTB) endgültig zu beerdigen. Das Hafengebäudeprojekt wird sie weiter verfolgen. Auch wenn die Koalitionäre betonen, dass sie in den kommenden vier Jahren wohl nicht mehr viel damit zu tun haben werden und sie deshalb die angesparten Mittel für andere Projekte in Bremerhaven ausgeben wollen.

Nun, da die Koalition am Projekt festhält, hat sie nur wenig Einfluss darauf, wann das Thema OTB wieder auf der Tagesordnung des Senats stehen wird. Die

Gerichte geben hier den Takt vor. Nach der Niederlage vor dem Verwaltungsgericht im Februar hat der Senat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Dazu steht auch der künftige rot-grün-rote Senat. Und er will die vom Gericht gerügten Mängel bei der Bedarfsplanung nachbessern. Auch dazu hat Rot-Grün-Rot „Ja“ gesagt. Das hat die Koalition auch zu der Fortsetzung der Verhandlung mit den klagenden Naturschützern um eine Kompromisslösung. Kurzum: Der künftige Senat verfolgt das Hafengebäudeprojekt weiter, auch wenn das Grünen und Linke Bauchschmerzen bereitet.

Wie lange das Verfahren dauern wird, ist unklar. Da aber alle Beteiligten gegen jedes Urteil in

Berufung gehen können, liegen die Koalitionäre mit ihrer Schätzung, dass es in den kommenden vier Jahren nicht zum abschließenden Urteil kommen wird, vermutlich richtig. Eine Garantie, dass die Koalition am Ende nicht doch eine klare Entscheidung für oder wider den OTB treffen muss, gibt es allerdings nicht.

Bremerhavener Projekte

Weil sie das für den OTB angesparte Geld nicht „auf der Bank“ liegen lassen wollen, wie es Kristina Vogt von den Linken formulierte, sollen die Mittel in den kommenden Jahren für andere Bremerhavener Projekte zur Verfügung gestellt werden. Angedacht sind der Bau einer Kaje am

ehemaligen Flugplatzgelände und die Ertüchtigung des Containerterminals CT 1. Aber neu ist auch das Verfahren nicht.

Bereits in der Vergangenheit wurden für den OTB reservierte Mittel zur Finanzierung anderer Maßnahmen verwendet. Zum Beispiel für die Sanierung der Kaje neben der Lloyd Werft im Kaiserhafen. 30 Millionen Euro sollte die kosten, geschätzte 20 Millionen Euro wurden aus dem OTB-Topf entnommen.

Es war Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne), die damit ihre eigene Strategie über Bord geworfen hatte. Sie war es, die die Mittel für den OTB regelrecht ansparen wollte. Ein ungewöhnlicher Vorgang. Inzwischen sind so

rund 120 Millionen Euro trotz aller Entnahmen und bereits bezahlter Rechnungen für die OTB-Planung zusammengekommen. Auf diese „Sparkasse“ wurde immer wieder zurückgegriffen mit der Verpflichtung, dass 180 Millionen Euro auf dem Tisch liegen, wenn es mit dem Bau des OTB losgehen sollte.

Die künftige rot-grün-rote Koalition unterscheidet sich auch da nicht von den Vorgängern. Sie sichert weiterhin zu, dass das Geld in der Bauphase aus Haushaltsmitteln zur Verfügung stehen wird, wenn das letzte Gerichtsverfahren zum OTB mit einer Baugenehmigung enden sollte und der Senat sich dann für den Bau aussprechen sollte. (mue)